

Auswertung für das Jahr 2023

für die dokumentierten Vorfälle der Berliner Register



Herausgegeben am 11. April 2024
von der Koordinierung der Berliner Register

Die Koordinierung
der Berliner Register
ist ein Projekt der



pad
präventive, altersübergreifende
Dienste im sozialen Bereich gGmbH

Die Berliner Register werden finanziert aus Mitteln des Berliner "Landesprogramms Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.



**DEMOKRATIE.
VIELFALT. RESPEKT.**
Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

Inhaltsverzeichnis

Tabellarische Übersicht.....	Seite 3
Einleitung: Hass im Netz führt zu Hass auf der Straße - Der Einfluss von Desinformation, Verschwörungsmmythen und Emotionalisierung von Debatten steigt.....	Seite 4
Über 5000 Vorfälle – Ganze Betroffenenengruppen geraten verstärkt in den Fokus von Kampagnen.....	Seite 6
LGBTIQ*-Feindlichkeit: Online-Kampagnen gegen queeres Leben und mehr Gelegenheiten im Alltag erhöhen Vorfallszahlen	Seite 8
Antisemitismus als Welterklärungsmodell entfaltet erneut seine Kraft mit dem 7. Oktober.....	Seite 11
Rassismus: Reduzierung komplexer Probleme auf rassistische Erklärungsmuster erhöht Anfeindungen.....	Seite 17
Politische Gegner*innen der extremen Rechten.....	Seite 20
Nur die Spitze des Eisbergs: Feindschaft gegen obdachlose und behinderte Menschen.....	Seite 24
Krieg im Internet - Kampf um Deutungshoheit.....	Seite 26
Fazit: Online-Dynamiken wirken im Alltag.....	Seite 28

Tabellarische Übersicht

Art	2019	2020	2021	2022	2023
Propaganda	1658	2234	2951	2459	2865
Angriff	390	372	294	255	329
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	594	632	732	657	1029
Sachbeschädigung	92	85	141	117	187
Veranstaltung	346	291	293	341	328
BVV (2022 abgeschafft)	23	15	-	-	-
Sonstige	174	46	32	11	10
Strukturelle Benachteiligung (2020 eingeführt)	-	147	398	316	538
Summe	3277	3822	4841	4156	5286

Motiv	2019	2020	2021	2022	2023
Rechte Selbstdarstellung	323	495	776	808	787
Wahlkampf (2021 abgeschafft)	93	3	-	-	-
NS-Verharmlosung und -Verherrlichung	353	619	720	655	704
Rassismus	1337	1306	1428	1132	1459
Politische Gegner*innen	266	383	563	407	525
Antisemitismus	598	774	1043	810	1113
LGBTIQ*-Feindlichkeit	222	169	198	239	464
Behindertenfeindlichkeit u. Sozialchauvinismus	85	73	87	78	189
Antifeminismus (2021 eingeführt)	-	-	26	27	45
Summe	3277	3822	4841	4156	5286

Bezirke	2019	2020	2021	2022	2023
Charlottenburg-Wilmersdorf	241	276	292	234	347
Friedrichshain-Kreuzberg	267	345	489	326	407
Lichtenberg	258	421	732	534	542
Marzahn-Hellersdorf	154	252	241	365	531
Mitte	645	609	744	758	855
Neukölln	204	236	354	201	400
Pankow	236	248	343	387	394
Reinickendorf	107	98	97	102	175
Spandau	95	98	112	80	101
Steglitz-Zehlendorf	180	147	133	109	176
Tempelhof-Schöneberg	126	132	164	120	257
Treptow-Köpenick	324	329	387	350	451
Berlinweit	440	631	753	590	650
Summe	3277	3822	4841	4156	5286

Hass im Netz führt zu Hass auf der Straße – Der Einfluss von Desinformation, Verschwörungsmmythen und Emotionalisierung von Debatten steigt

Mit der Auswertung der dokumentierten Vorfälle der Berliner Registerstellen stellt sich jedes Jahr aufs Neue die Frage, wie die dokumentierten Vorfälle analysieren sind? Inwiefern sind sie durch das Geschehen in den einzelnen Berliner Bezirken beeinflusst? Welche gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen wirken sich wie in Berlin aus?

In den vergangenen Jahren waren der Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland, die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine wichtige Einflüsse, die sich in der Zusammensetzung der Registervorfälle widerspiegelten. Anhand von Demonstrationen, Gewalttaten und Aufklebern konnten die Auswirkungen von politischen Maßnahmen auf den Alltag in den Berliner Bezirken analysiert werden. Um die Entwicklungen des Jahres 2023 zu verstehen, lohnt sich der Blick weiter zurück.

2016 und 2017 konnte man anhand der Registervorfälle sehen, dass mit einem Abstand von ein paar Monaten auf rassistische Demonstrationen rassistische Gewalttaten folgten. Die rassistischen Demonstrationen verebten mit dem Einzug der AfD ins Berliner Abgeordnetenhaus 2016 und in den Bundestag 2017. Dort angekommen, begann die Partei damit die Arbeit von sozialen Organisationen in parlamentarischen Anfragen und Anträgen zu hinterfragen und zu delegitimieren.

Die Mobilisierung von diskriminierenden und ausgrenzenden Meinungen über soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter sowie die Entstehung von sogenannten Filterblasen, bei denen Menschen nur noch Informationen konsumieren, die sie in ihrer Meinung bestätigen, spielten damals schon eine wichtige Rolle. Das Unternehmen Cambridge Analytica machte im Frühjahr 2018 von sich reden, als ein Whistleblower öffentlich machte, dass die Online-Debatten, z.B. um den Brexit oder den Wahlkampf von Donald Trump, durch gezielte Werbung manipuliert worden waren.

Wohin die aufgeheizte Stimmung gegen geflüchtete Menschen und Politiker*innen führen kann, zeigten Anschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete und der Mord an Walter Lübcke im Juni 2019. Kurz danach, im Oktober 2019, wurde ein rechtsterroristischer Anschlag auf eine Synagoge in Halle verübt, bei dem zwei Menschen getötet wurden, die zufällig auf der Straße und in einem Dönerimbiss waren. Das Weltbild des Täters war antisemitisch, rassistisch und frauenfeindlich. Nicht einmal ein halbes Jahr später wurden im Februar 2020 bei einem weiteren rassistischen Terroranschlag in Hanau neun Menschen erschossen. Auch dieser Täter hatte sich im Internet radikalisiert.

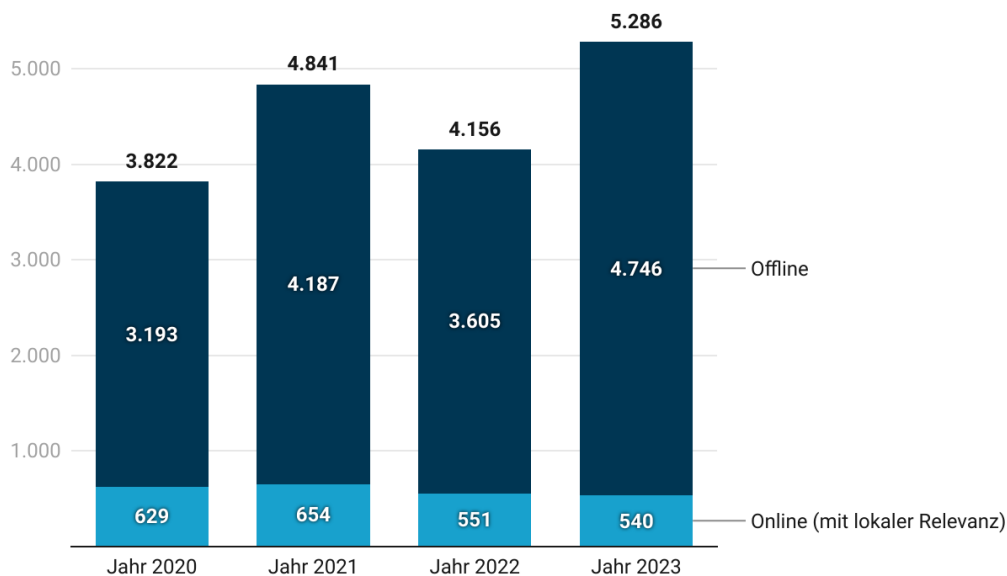
Anfang des Jahres 2020 brach die Covid-19-Pandemie aus und veränderte schlagartig den Alltag weltweit. Ende März 2020 wurde der erste Lockdown in Deutschland ausgerufen und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie führten von Beginn an zu Gegenprotesten, die nach kurzer Zeit verschwörungsideologisch geprägt waren. In Berlin fanden Großdemonstrationen mehrerer Zehntausend Teilnehmer*innen statt, von denen ein relevanter Teil Organisationen der extremen Rechten angehörte. Jedoch nahmen auch viele Menschen teil, die sich um ihre demokratischen Grundrechte gebracht fühlten. So stießen die Drosselung des öffentlichen Lebens, die Maskenpflicht, der beschränkte Zugang zu Gastronomie und Einzelhandel, die Impfung an vielen Orten besonders auf Kritik. In den Registervorfällen spiegelte sich die Pandemie durch NS-Vergleiche, Angriffe auf Politik, Presse und Wissenschaft wider. Ein breites verschwörungsideologisches Spektrum entstand, in dem viele Menschen geblieben sind und die sich seitdem nur noch in Medien und Telegram-Kanälen informieren, die Desinformationen verbreiten.

Mit dem Auslaufen der Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie begann Russland erneut einen Krieg gegen die Ukraine. Der Grundtenor veränderte sich schlagartig in verschwörungsideologischen Kanälen und den Accounts, die vorsätzlich Hass in den sozialen Netzwerken und Kommentarspalten entfachen. Nun standen nicht mehr die Bürgerrechte ungeimpfter Menschen im Vordergrund, sondern die Verteidigung des russischen Angriffskriegs. Im Jahr 2022 erreichte der Krieg in der Ukraine Berlin durch die Menschen, die von dort in die Hauptstadt flüchteten.

Im Jahr 2023 gab es drei zentrale Themen, die die Berliner Register beschäftigten: a) den Anstieg von LGBTIQ*-Feindlichkeit, b) der Überfall der Hamas am 7. Oktober auf Israel und die daraufhin steigenden antisemitischen Vorfälle und c) Falschinformationen und Angriffe auf die Arbeit der Berliner Registerstellen. In allen drei Themenfeldern spielten Emotionalisierung von Debatten, massenhaft verbreitete Falschinformationen und Verschwörungsmymen in sozialen Netzwerken wie Facebook, „X“ oder Tiktok eine zentrale Rolle.

Die Berliner Register erfassen im Vergleich zu Vorfällen, die auf der Straße passieren (Offline-Vorfälle) nur wenige, die im Internet stattfinden. Hintergrund ist, dass Vorfälle aus dem Internet nur in die Dokumentation aufgenommen werden, wenn sie eine lokale Relevanz für einen Bezirk oder die Stadt Berlin haben. Wenn beispielsweise eine Lokalpolitikerin eine Drohung per E-Mail erhält oder eine jüdische Einrichtung einen antisemitischen Kommentar auf einen Beitrag erhält.

Verhältnis Online-Offline-Vorfälle 2020 - 2023



Erstellt mit Datawrapper

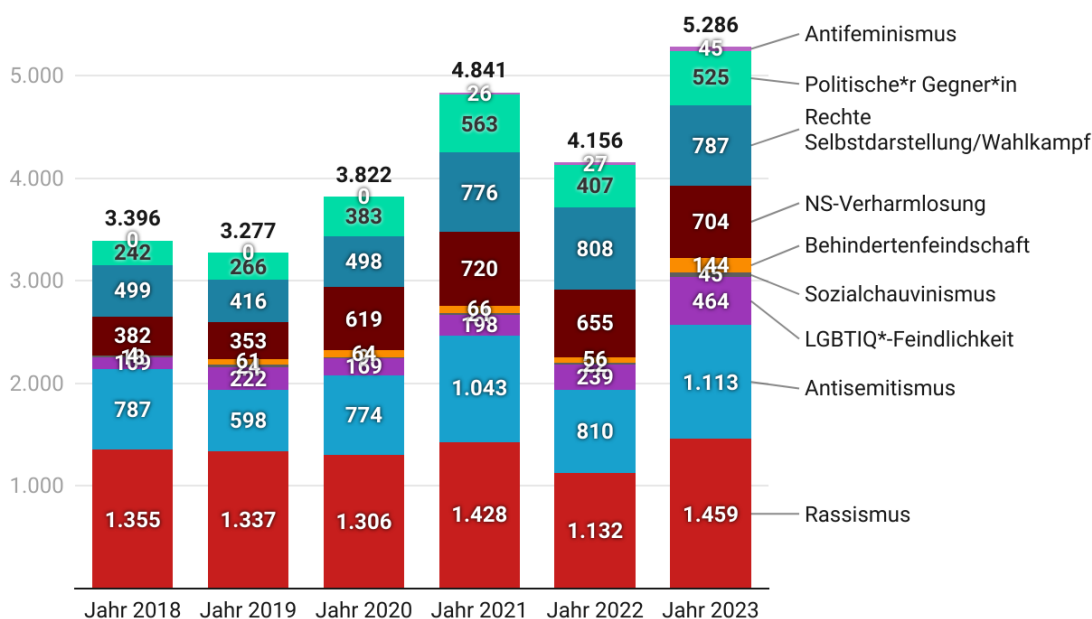
Sichtbar wird aber immer mehr, dass das Geschehen auf der Straße stark durch Bilder aus dem Internet beeinflusst wird. Dynamiken im Internet haben heutzutage einen starken Einfluss auf die Meinungsbildung und darauf, ob und welche Partei Menschen wählen, ob sie sich Protesten anschließen, ob sie ihren Umgangston verändern oder ihre Bereitschaft Gewalt auszuüben steigt oder sinkt. Vor 20 Jahren war die politische Kultur eines Landes der entscheidende Einflussfaktor für Mobilisierungsdynamiken. Das ist heute nicht mehr so, weil sich die Art, die Menge und die Qualität von Kommunikation über digitale Medien verändert hat und weil sie sich täglich weiterentwickelt. Die Auswertung der Vorfälle für das Jahr 2023 zeigt, dass der Einfluss politischer Propaganda im Internet reale Auswirkungen auf den Alltag von Menschen in ihrem Lebensumfeld hat.

Über 5000 Vorfälle – Ganze Betroffenenengruppen geraten verstärkt in den Fokus von Kampagnen

Für das Jahr 2023 erfassten die Berliner Registerstellen 5286 Vorfälle, ungefähr 1100 mehr als im Jahr 2022. Dass es mehr Vorfälle werden würden, wurde schon im Verlauf des Jahres 2023 deutlich. Fast täglich erreichten uns Meldungen von Menschen aus dem LGBTIQ*-Spektrum, die beleidigt oder angegriffen wurden. Schon 2022 war dort ein Anstieg beobachtet worden, der auf Stimmungsmache um die Abschaffung des diskriminierenden Transsexuellengesetzes und Kampagnen unterschiedlicher Akteur*innen gegen queeres Leben fußte. Als Berliner Registerstellen gerieten wir wegen der Erfassung solcher Vorfälle in den Fokus von „Trollen“. Dass wir mit unserer Arbeit nicht nur Zuspruch, sondern auch

Kritik und Abwehr auslösen, begleitet uns seit Entstehung der ersten Registerstellen. Aber die Menge und die Qualität von Angriffen auf uns und auf die Betroffenenengruppen, mit denen wir zusammenarbeiten, ist 2023 stark gewachsen. Die Auswirkungen sehen wir in den einzelnen Themenfeldern.

Inhaltliche Zuordnung der Vorfälle 2018-2023



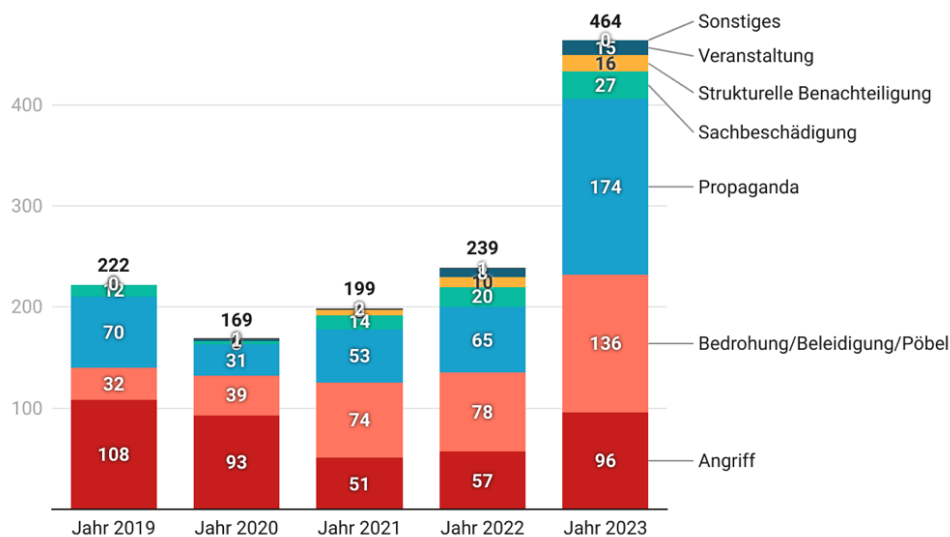
Erstellt mit Datawrapper

Besonders auffällig waren die Steigerungen in den Themenfeldern, in denen es direkt Betroffene gibt: LGBTQ*-Feindlichkeit (2023: 464; 2022: 239), Antisemitismus (2023: 1113; 2022: 810), Rassismus (2023: 1458; 2022: 1132), Politische Gegner*innen der extremen Rechten (2023: 525; 2022: 407), Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderungen (2023: 144; 2022: 56) und Sozialchauvinismus (2023: 445; 2022: 22). Im Vergleich dazu gibt es Vorkategorieen, in denen es keine direkt Betroffenen gibt. Aufgrund eines Hakenkreuzes in einer S-Bahn, erfährt niemand Gewalt. Zudem wird auch niemand direkt adressiert. Zu den Kategorien, in denen es weniger direkte Betroffene gibt, zählen die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die rechte Selbstdarstellung. In beiden Kategorien dominieren Aufkleber und Schmierereien. Sie sind auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr. Die Gründe für die Anstiege in den Kategorien mit direkt Betroffenen sind unterschiedlich. In den Themenfeldern Sozialchauvinismus, Behindertenfeindschaft und Rassismus haben sich die Quellen für Vorfälle erweitert oder die Registerstellen wurden bekannter. In anderen Themen sind es politische Ereignisse, wie der 7. Oktober im Antisemitismus, die die Vorfallszahlen erhöhen. Die Phänomenbereiche werden deshalb einzeln betrachtet hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, ihrer bezirklichen Verteilung und ihrer Quellen.

LGBTIQ*-Feindlichkeit: Online-Kampagnen gegen queeres Leben und mehr Gelegenheiten im Alltag erhöhen Vorfallszahlen

Im Jahr 2023 haben sich die LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle verdoppelt (2023: 464; 2022: 239). Der Anstieg ist nicht nur auf Aufkleber zurückzuführen, sondern, wie der folgenden Grafik zu entnehmen ist, leider auch auf körperliche und verbale Gewalt. Dieser Anstieg ist nicht nur in den Zahlen der Registerstellen zu sehen, sondern wird ebenfalls von Ermittlungsbehörden, wie der Polizei bestätigt, die ebenfalls seit Jahren bundesweit steigende Fallzahlen erfassen.

Arten LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle

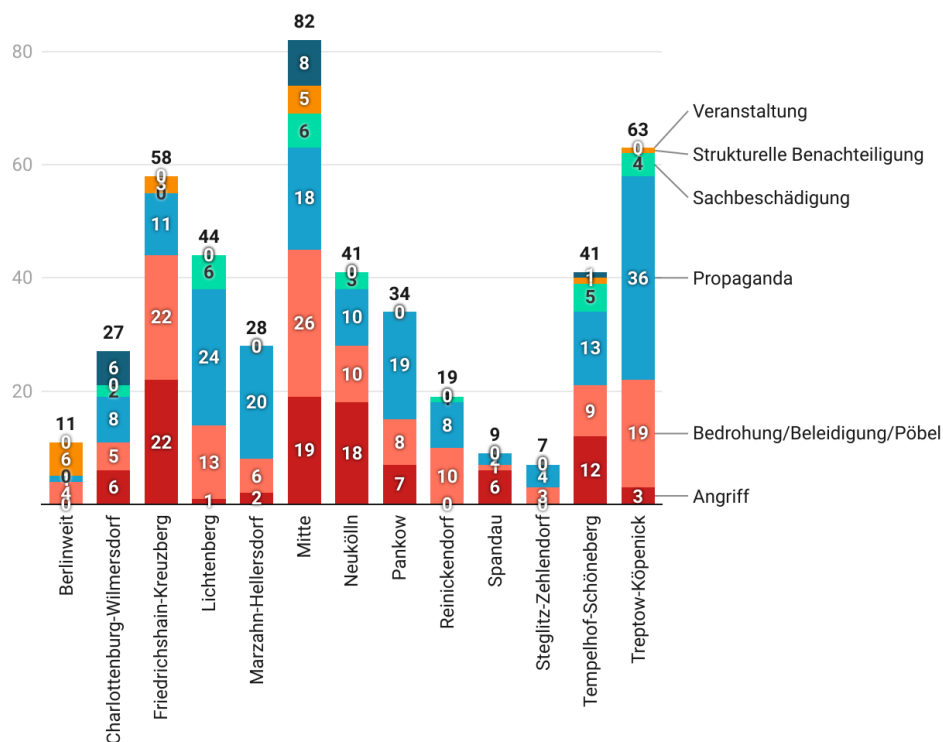


Erstellt mit Datawrapper

Vor Ausbruch der Corona-Pandemie verteilten sich die LGBTIQ*-feindlichen Gewalttaten auf die Bezirke, in denen Treffpunkte, Clubs und Bars waren, an denen sich queere Menschen aufhielten. Dazu gehörten Schöneberg, der Norden Neuköllns, der Tiergarten, Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Mit der Pandemie kamen die Lockdowns und mit ihnen wanderte die Gewalt gegen queere Menschen in Ortsteile am Stadtrand. Damals haben wir festgestellt, dass die Präsenz von potenziell betroffenen Menschen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie angegriffen werden. Der Einbruch der Gewalttaten von 2020 zu 2021 ist darauf zurückzuführen, dass seit 2023 aus Datenschutzgründen Informationen von der Polizei fehlen. Seitdem steigen die Zahlen. Für die hohe Fallzahl im Jahr 2023 sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Zum einen gibt es seit Jahren Online-Kampagnen, die sich gegen queere Lebens- und Liebesweisen richten. So initiierten Politiker*innen der AfD als Gegenentwurf zum „Pride Month“ die queerfeindliche Kampagne „Stolzmonat“. Der „Pride Month“ ist eine Antwort auf jahrzehntelange Ausgrenzung und Stigmatisierung von queeren Menschen und wird weltweit im Juni veranstaltet, um für die rechtliche Gleichstellung und Sichtbarkeit queerer Menschen zu demonstrieren.

Politiker*innen der AfD und andere machten mit dem „Stolzmonat“ eine Gegenkampagne, die hauptsächlich online in sozialen Netzwerken verbreitet wurde. An dieser Kampagne beteiligten sich Blogger der extremen Rechten, rechte Influencer und Mitglieder der AfD. Auf der Straße spiegelte sich diese Kampagne nur in ca. 20 Vorfällen wider, wenn Aufkleber mit dem Slogan geklebt wurden. Online war die Resonanz größer. Auch Angriffe auf die Berliner Registerstellen, die mit der Veröffentlichung der Auswertung für 2022 auf „X“ begannen, waren dem Hashtag „Stolzmonat“ zugeordnet. Akteur*innen, die diese koordinierte Kampagne getragen haben, beteiligten sich auch einige Monate später an einem Shitstorm gegen die Registerstellen. Es ist wichtig zu verstehen, dass es sich bei dieser Art der Stimmungsmache nicht um einen demokratischen Diskurs handelt, in dem unterschiedliche Positionen ausgetauscht werden, mit dem Versuch, sich gegenseitig zu überzeugen. Sondern es ist strategisch eingesetzte Propaganda, die suggerieren soll, dass der Großteil der Bevölkerung queere Menschen ablehnt, und zusätzlich sollen andere Positionen verdrängt werden.¹ War die gesellschaftliche Akzeptanz queeren Menschen gegenüber in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, wurde 2023 erstmals ein Rückgang der Akzeptanz in der Meinungsforschung festgestellt.² Die Manipulation über Online-Netzwerke scheint erfolgreich.

Bezirkliche Verteilung LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle 2023



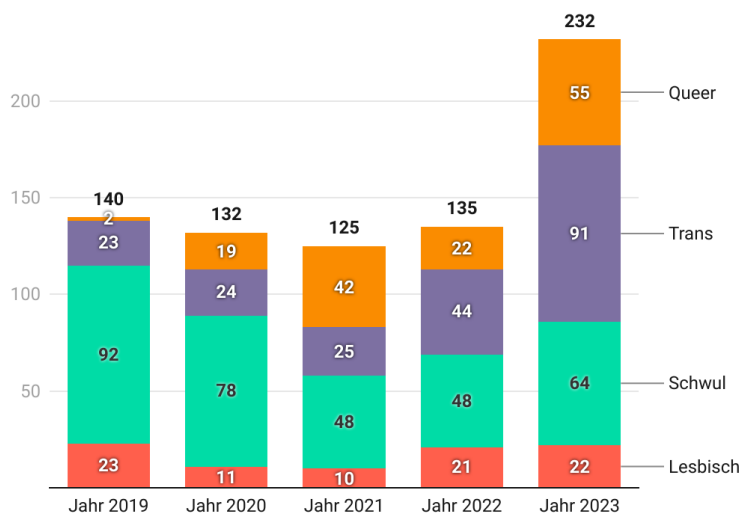
Erstellt mit Datawrapper

¹ tagesschau.de Faktenfinder: Verstärkte Mobilisierung gegen queere Menschen, Weblink: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/queerfeindlichkeit-desinformation-100.html>, Stand: 17.7.23

² https://www.queer.de/detail.php?article_id=45788

Die bezirkliche Verteilung der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle für das Jahr 2023 zeigt, dass das Phänomen sich mittlerweile aus den Innenstadtbezirken auf alle Bezirke verteilt. Ein Grund dafür ist die größere Sichtbarkeit von queeren Menschen, die in den Randbezirken leben und sich dort nicht verstecken. Im Ostteil der Stadt ist die rechte Szene aktiver. Sie klebt LGBTIQ*-feindliche Aufkleber dort, wo sie sich aufhält. Dadurch ist die Zahl der Vorfälle in den Ostberliner Randbezirken höher als in den Westberliner. Ungefähr ein Drittel der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle wurde in Randbezirken erfasst. So wurden beispielsweise im August 2023 fünf trans Personen, während sie an einer Tram-Haltestelle an einer Badestelle in Grünau warteten, von einem Mann erst beleidigt, dann mit einer Bierflasche beworfen und einer Person wurde ins Gesicht geschlagen. Im September 2023 wurde in der Spandauer Klosterstraße ein 25-Jähriger erst von drei Männern LGBTIQ*-feindlich beleidigt, dann geschlagen und getreten. Als er auf dem Boden lag wurde er noch mehrfach gegen den Kopf getreten. In vielen Fällen kommt es erst zu einer Beleidigung oder Bedrohung und danach zu Gewalt. In vielen Bezirken wurden anlässlich des „Pride Month“ Regenbogenfahnen gehisst – an Rathäusern, Kirchen, Schulen, Firmengeländen oder Jugendeinrichtungen. Diese Fahnen wurden heruntergeholt, entwendet oder beschädigt. Dass auch diese Fälle in allen Bezirken zu finden sind, hat seine Ursache in der Sichtbarkeit von queeren Menschen und Symbolen. Wer sichtbar ist, kann angegriffen werden. Gewalttaten sind in den Innenstadtbezirken verbreiteter. Dort sind Treffpunkte für die queere Szene, hinzu kommen Demonstrationen wie der CSD oder Straßenfeste, in deren Umgebung es zu LGBTIQ*-feindlichen Angriffen und Beleidigungen kommt. Weil diese Veranstaltungen und Treffpunkte eher in Innenstadtbezirken liegen, sind dort LGBTIQ*-feindliche Anfeindungen häufiger.

Beroffene LGBTIQ*-feindlicher Übergriffe (körperlich und verbal)



Erstellt mit Datawrapper

Der Blick auf die Betroffenengruppen innerhalb des LGBTIQ*-Spektrums zeigt, dass trans Menschen die Gruppe sind, die am meisten körperlich oder verbal attackiert wird. Danach

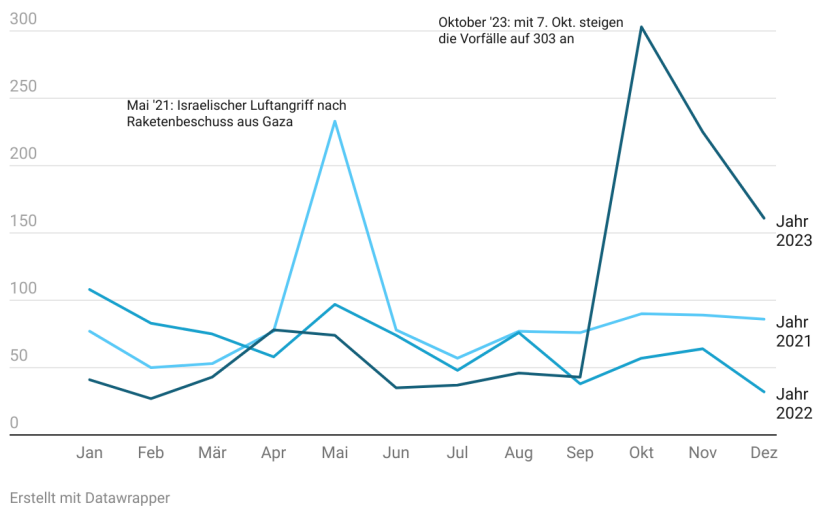
kommen schwule Männer und queere Menschen im Allgemeinen. Das kann daran liegen, dass Homosexualität gesellschaftlich stärker anerkannt ist als Trans-Sein. Attacken auf schwule Männer nehmen allerdings ebenso zu. Auffallend häufig waren die Täter solcher Attacken junge Männer. Da Gewalt mit Stärke assoziiert wird, kann man davon ausgehen, dass sie sich in ihrem Bild von starker Männlichkeit bestätigt fühlen, wenn sie queere Menschen angreifen.

Antisemitismus als Welterklärungsmodell entfaltet erneut seine Kraft mit dem 7. Oktober

Der Antisemitismus hat viele Gesichter. In der Dokumentationsarbeit steigen die Zahlen antisemitischer Vorfälle immer dann an, wenn etwas in Israel passiert und jüdische Menschen in Berlin dafür verantwortlich gemacht werden. Die Zahlen steigen auch, wenn der Antisemitismus eine einfache Antwort auf komplexe Probleme, wie eine Pandemie, einen Krieg oder eine Wirtschaftskrise liefert. Wenn Antisemitismus gerade keine wichtige Welterklärungsfunktion erfüllt, ist er unauffälliger und nicht täglich sichtbar.

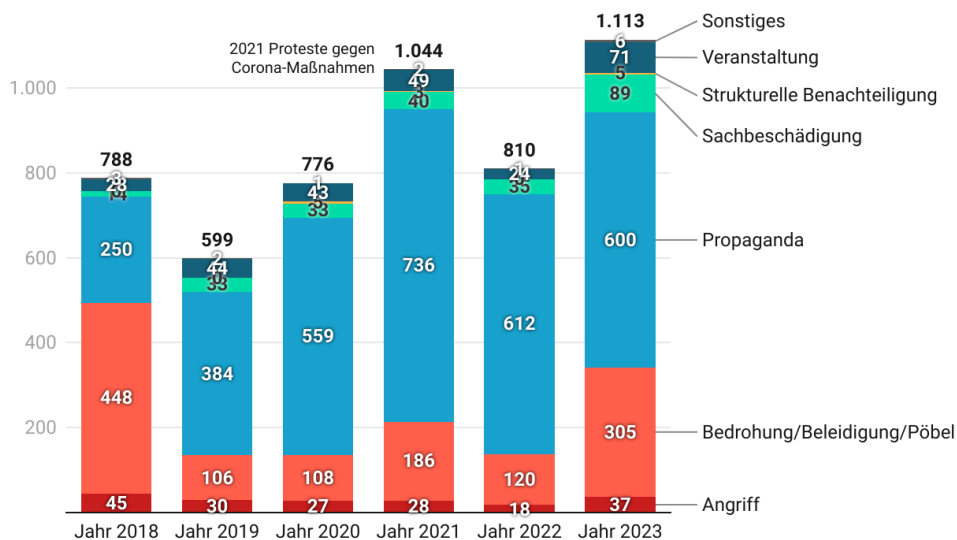
Im Jahr 2023 konnte man den Eindruck gewinnen, der Antisemitismus sei auf ein alltägliches Maß zurückgegangen, aber er war innerhalb weniger Stunden omnipräsent. Bis Oktober lagen die gemeldeten antisemitischen Vorfälle unter denen der Vorjahre. Im Zuge der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie 2021 waren unterschiedliche antisemitische Ressentiments verbreitet worden. 2022, mit dem Auslaufen der Maßnahmen, gingen diese Vorfälle wieder zurück. An ihre Stelle trat der Krieg in der Ukraine in den verschwörungsideologischen Kanälen und Veranstaltungen. Die antisemitischen Vorfälle sanken. Von Januar bis September 2023 wurden im Durchschnitt nur 30 Vorfälle pro Monat dokumentiert. Das änderte sich mit dem 7. Oktober, dem Tag des Anschlags der Hamas auf Israel, als Bilder getöteter und entführter israelischer Menschen um die Welt gingen. Die direkte Folge war ein Anstieg antisemitischer Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr um ca. 300 (2023: 1113; 2022: 810).

Antisemitische Vorfälle nach Monaten 2021 bis 2023



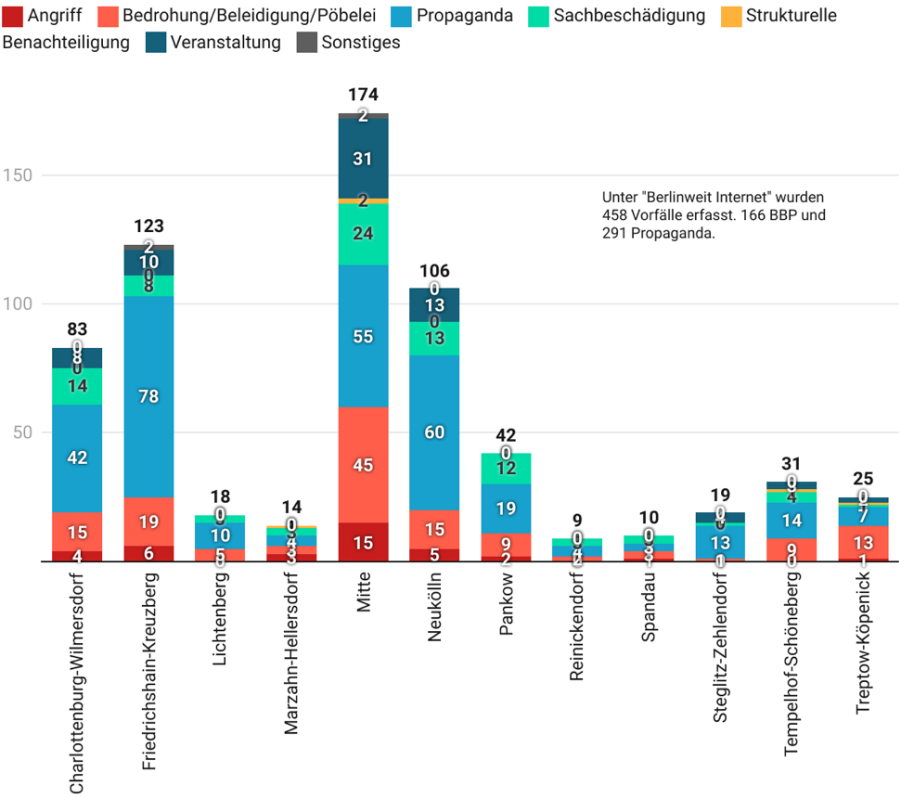
Die antisemitischen Angriffe, Sachbeschädigungen, Veranstaltungen und Propagandavorfälle stiegen danach schlagartig an, blieben auch in den Folgemonaten auf einem hohen Niveau und gingen nur langsam wieder zurück. Im gesamten Jahr stiegen so die Vorfälle um ca. 300 Vorfälle an (2023: 1113; 2022: 810). Die Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien stiegen ebenfalls rapide und steigerten sich bis zum Höchststand von 90 Vorfällen im November. Allein im letzten Quartal wurden folglich knapp zwei Drittel der gesamten antisemitischen Vorfälle des Jahres 2023 erfasst (689). Ein Drittel dieser Vorfälle fand im Internet statt, z.B. durch Zuschriften an jüdische Organisationen. Online-Vorfälle werden erst dann aufgenommen, wenn sie eine Person oder eine Einrichtung in Berlin unmittelbar antisemitisch adressieren. Allgemeine antisemitische Statements gehen nicht in die Zählung ein.

Arten antisemitischer Vorfälle 2018 - 2023



Diese Zunahme an antisemitischen Anfeindungen in Berlin seit dem Angriff der Hamas auf Israel hat erneut gezeigt, dass politische Geschehnisse in Israel und Palästina direkte negative Auswirkungen auf jüdische und israelische Menschen haben. Das Bedrohungs- und Gewaltpotenzial ist immer da und kann von einem Moment auf den anderen aktiviert werden. Die letzte größere Eskalation des Nahost-Konflikts fand im Mai 2021 statt. Auch damals ließ sich ein Zusammenhang zu dem Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin erkennen. Hinzu kam die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen zur Corona-Pandemie, welche seit zwei Jahren rückläufig ist und 2023 so gut wie keine Rolle mehr spielte. Vor diesem Hintergrund wird der drastische Anstieg der antisemitischen Vorfälle umso deutlicher. Denn während 2021 vor allem die Propagandafälle stark angestiegen (2021: 736; 2023: 600) sind, zeigte sich die antisemitische Reaktion auf den Krieg in Gaza im Jahr 2023 direkter auf der Straße: Es gab weitaus mehr Veranstaltungen (2023: 71; 2021: 49), Sachbeschädigungen (2023: 89; 2021: 40); Bedrohungen und Beleidigungen (2023: 305; 2021: 186) und Angriffe (2023: 37; 2021: 28). Die Auseinandersetzung in Nahost war im Jahr 2021 auf einige Tage beschränkt, sodass sich die Lage wieder beruhigte. Der Überfall vom 7. Oktober wurde zu einem Krieg gegen die Hamas. Zehntausende Menschen haben mittlerweile ihr Leben verloren und noch immer sind Menschen als Geiseln in der Gewalt der Hamas. Dafür werden Juden*Jüdinnen pauschal verantwortlich gemacht.

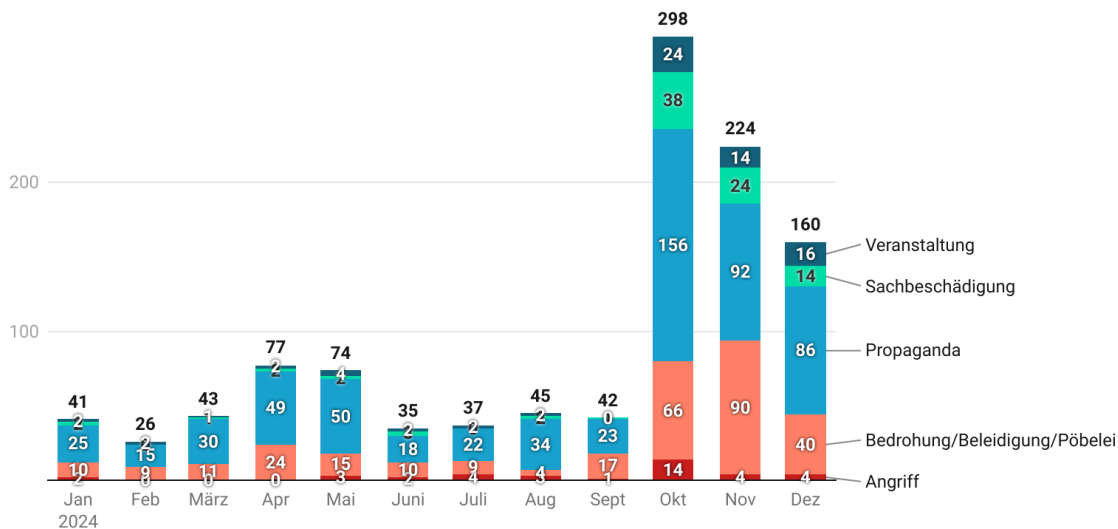
Arten antisemitischer Vorfälle 2023



Erstellt mit Datawrapper

In den Innenstadtbezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg wurden etwa doppelt so viele antisemitische Vorfälle wie 2021 dokumentiert. Dort fanden Veranstaltungen statt und es wurden antisemitische Symbole und Parolen im öffentlichen Raum angebracht. Das Demonstrationsgeschehen in Neukölln war etwa auf dem gleichen Niveau wie während der letzten Nahost-Eskalation im Mai 2021 (2023: 13; 2021: 12). Im Gegensatz zu 2021 kamen Veranstaltungen mit israelbezogenem Antisemitismus 2023 auch in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg (10) und Mitte (24) dazu. Neu war zudem, dass es im Umfeld der Universitäten in Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf zu mehreren Kundgebungen und Aktionen kam, bei denen auf antisemitische Weise der Krieg in Gaza thematisiert wurde. Insgesamt fanden etwa drei Viertel der erfassten antisemitischen Veranstaltungen 2023 nach dem 7. Oktober statt (54 von 71).

Antisemitische Vorfälle 2023 (649 Vorfälle offline, 464 online)



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 1 Zugunsten der Lesbarkeit fehlen in dieser Übersicht sechs Fälle von "Struktureller Benachteiligung" und fünf "Sonstige".

Das Niveau der Anfeindungen war 2023 sowohl in der Menge als auch der Qualität der Vorfälle deutlich höher als in den vorherigen Jahren. So haben sich die Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien im Vergleich zu 2022 mehr als verdoppelt (2023: 305; 2022: 120; 2021: 186). Allein im Zeitraum nach dem 7. Oktober 2023 wurden mehr antisemitische Beleidigungen und Bedrohungen erfasst (196) als jeweils in den Vorjahren insgesamt (2022: 120; 2021: 186; 2020: 108). Im Oktober kam es zu 14 von insgesamt 37 antisemitischen Angriffen, darunter einem Brandanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum. Die meisten verbalen und körperlichen Attacken ereigneten sich in den Innenstadtbezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Charlottenburg-Wilmersdorf, wo sich auch die palästinasolidarischen Veranstaltungen bündelten. So wurde beispielsweise am 8. Oktober

in Friedrichshain das Werbeschild eines israelischen Restaurants angezündet. Im Dezember wurde ein Journalist am Rande einer propalästinensischen Veranstaltung geschubst, bespuckt, geschlagen und mit den Worten „Dreck, Jude, Faschist und Nazi“ beschimpft.

In Mitte erreichten die erfassten Beleidigungen und Bedrohungen dasselbe Niveau wie 2021, während die Vorfälle in Neukölln im Vergleich zum Vorjahr zwar anstiegen, aber nicht das hohe Level von 2021 erreichten (2023: 15; 2022: 6; 2021: 25). Besonders stechen die hohen Zahlen in Friedrichshain-Kreuzberg heraus (BBP: 19, Angriffe: 6): Hier kam es vermehrt zu antisemitischen Beleidigungen im Alltag, besonders im ÖPNV, sowie zu gezielten Markierungen an Wohnhäusern jüdischer Personen. In Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg wurden Kund*innen von verschiedenen Gastronomieketten zudem angepöbelt und zum Boykott aufgerufen. Dies bettete sich in weltweite Aktionen ein, die in den Sozialen Medien geteilt wurden, und können als Teil der antisemitischen Kampagne „Boykott, Desinvestition, Sanktion“ (BDS) verstanden werden.

Der durch den Krieg in Gaza befeuerte israelbezogene Antisemitismus zeigte sich auch in der besonders hohen Zahl antisemitischer Sachbeschädigungen (2023: 89; 2022: 35; 2021: 40). Im gesamten Berliner Stadtgebiet wurden öffentlich gehisste Flaggen des Staates Israel abgerissen oder verbrannt (13). Plakate, die auf die von der Hamas entführten Geiseln aufmerksam machten, wurden abgerissen (22). Selbst in Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf oder Pankow, in denen der Nahostkonflikt ansonsten vergleichsweise wenig präsent war, kam es zu dieser Art von Sachbeschädigung.

Darüber hinaus wurden auch antisemitische Vorfälle dokumentiert, die unabhängig vom Geschehen in Israel stattfanden. Am 9. Oktober wurden zum Beispiel in Marzahn auf dem Spielplatz eines Hofes in der Mehrower Allee spielende Kinder sowie deren Aufsichtspersonen von einem unbekanntem Mann mit antisemitischen Äußerungen beleidigt, eine migrantische Familie von dem Täter bespuckt. Zudem zeigte er den Hitlergruß und simulierte mit einer Handbewegung eine Schussabgabe.

Ein jüdischer Inhaber einer Kneipe erhielt mehrfach über das Jahr verteilt Drohungen, in denen er zum Verschwinden aufgefordert oder beleidigt wurde. Anfang Februar veranstalteten „Querdenker*innen“ eine Demonstration in denen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mit Praktiken der Nationalsozialisten gleichgesetzt wurden. Für Reichsbürger*innen und Verschwörungsgläubige bleibt Antisemitismus weiterhin ein Welterklärungsmodell.

Eine Beobachtung im Zusammenhang mit den Dynamiken nach dem 7. Oktober war die Instrumentalisierung des Antisemitismus und die von Juden*Jüdinnen für andere Agenden. So war vor dem 7. Oktober in der Öffentlichkeit über ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz

und die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts debattiert worden. Im Rahmen dieser Debatten wurden rassistische Stereotype als Tatsachen dargestellt, dass beispielsweise Menschen mit Migrationsgeschichte nicht arbeiten würden, kriminell seien, etc. Mit dem 7. Oktober kam das Vorurteil des importierten Antisemitismus dazu. Die Rufe nach Abschiebungen und Begrenzung der Zuwanderung wurden noch lauter und das vor allem in den sozialen Netzwerken.

Im Zusammenhang mit dem 7. Oktober gibt es Aktivitäten, die andere Verursacher*innen haben, als zunächst plausibel erscheint – sogenannte False-Flag-Aktionen. So wurden in der französischen Hauptstadt Paris nach dem 7. Oktober Davidsterne gesprüht, ebenso in Berlin. Im Nationalsozialismus wurden jüdische Geschäfts- und Wohnhäuser auf diese Weise markiert, bevor sie ausgeraubt, niedergebrannt und die Menschen deportiert wurden. Während man sich auch in Deutschland fragte, wie geschichtsvergessen oder explizit antisemitisch jemand sein muss, der so etwas tut, steckten in Paris offenbar Drahtzieher aus Russland hinter den Schmierereien.³ Ob das in Berlin auch der Fall war, ist unklar.

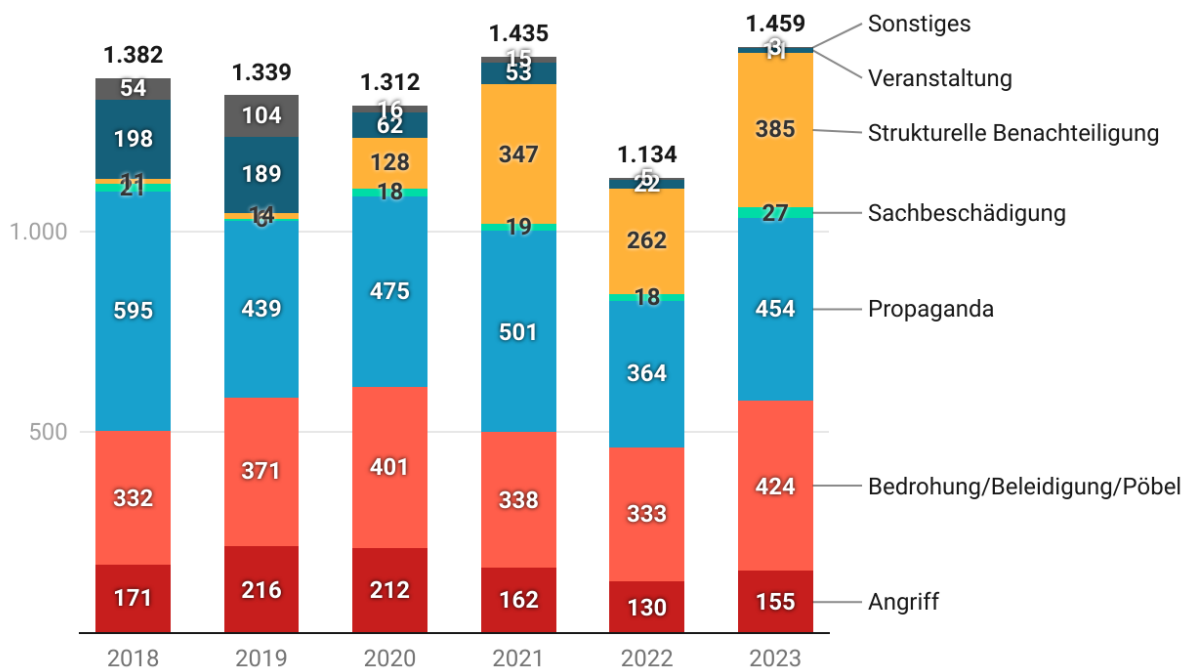
Ein weiterer Vorfall, allerdings vom Januar 2024, machte uns stutzig: Es ging dabei um eine Wohnungsanzeige für eine Dachgeschosswohnung in Wilmersdorf. In der Anzeige war deutlich gemacht worden, dass Juden*Jüdinnen als Mieter*innen unerwünscht seien. Der vermeintliche Ersteller der Anzeige hatte einen arabischen Namen. Nachdem sich auf „X“ verschiedene Kanäle, zunächst jüdische Menschen, über den Antisemitismus beschwerten, griffen Accounts aus der extremen Rechten den Vorfall so auf, dass der Antisemitismus von Muslim*innen ausgehen würde. Journalist*innen fuhren daraufhin zu der Adresse, die in der Anzeige angegeben worden war. Vor Ort wurde diese Wohnung nicht angeboten, bei der Anzeige handelte es sich um eine bewusste Täuschung. Im Netz schlug die Empörung über den antisemitischen Vorfall in Rassismus um. Die Klarstellung, dass es sich um einen Fake gehandelt habe, verpuffte zwischen den Kommentaren. Diese Anzeige sollte zum einen Juden*Jüdinnen noch stärker verunsichern, als es der bestehende Antisemitismus allein tut und zum anderen wird das rassistische Narrativ des eingewanderten Antisemitismus als Bild in den Köpfen verfestigt.

³ <https://www.sueddeutsche.de/politik/paris-davidsterne-ermittlungen-1.6300305>, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/davidsterne-frankreich-paris-vandalismus-russland>, https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/kriminalitaet/id_100280578/davidstern-graffitis-deutsche-behoerden-schweigen-zu-russland-bezug.html

Rassismus: Reduzierung komplexer Probleme auf rassistische Erklärungsmuster erhöht Anfeindungen

Jedes Jahr ist Rassismus die Kategorie mit den meisten Vorfällen. Das gilt für 2023 ebenso. Mit 1459 Vorfällen hat das Themenfeld um ca. 300 Vorfälle zugelegt. Grund für den Anstieg ist eine verbesserte Quellenlage. So sind für 2023 Fälle der Beratungsstelle ADAS (Anlaufstelle Diskriminierungsschutz an Schulen) wieder übermittelt worden, die in der Register-Auswertung 2022 fehlten. Auch andere Beratungs- und Dokumentationsprojekte, wie EOTO (EachOneTeachOne), DOSTA (Dokumentationsstelle Antiziganismus), REDAR (Recherche und Dokumentationsstelle Antimulimischer Rassismus) und die Beratungsstelle FairMieten - Fairwohnen haben für 2023 mehr Daten übermittelt als im Vorjahr. Unterschiede der Vorfallzahlen zwischen den Monaten sind mit einzelnen öffentlichen Debatten, wie der nach Silvester, um den Zugang zu Freibädern oder um das Asylrecht zu erklären.

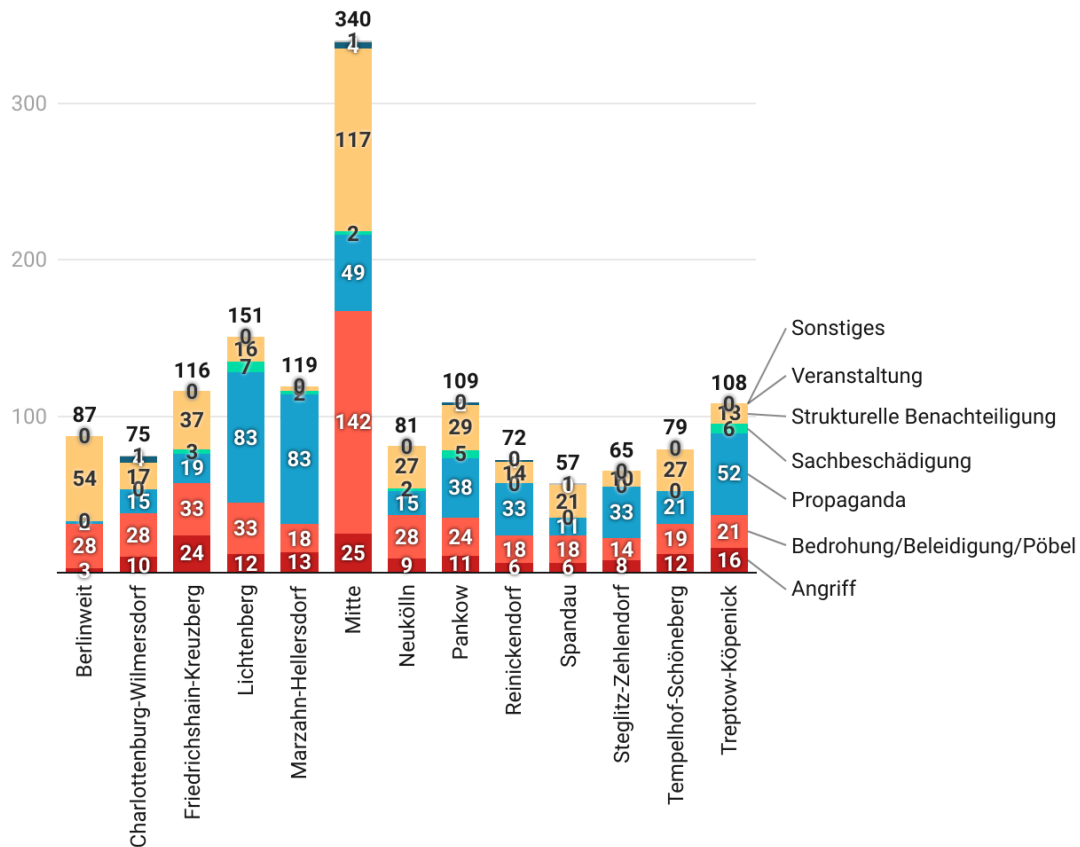
Rassistische Vorfälle 2018 - 2023



Erstellt mit Datawrapper

Den größten Zuwachs an rassistischen Vorfällen konnten dabei die Bezirke Steglitz-Zehlendorf (150%), Marzahn-Hellersdorf (95%) und Tempelhof-Schöneberg (88%) verzeichnen. Hier waren es vor allem mehr gemeldete Aufkleber mit rassistischen Inhalten, die den Anstieg ausmachen. Die beiden Bezirke, in denen sich jedes Jahr die meisten rassistischen Vorfälle ereignen, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg, blieben die Spitzenreiter.

Rassistische Vorfälle in den Bezirken 2023



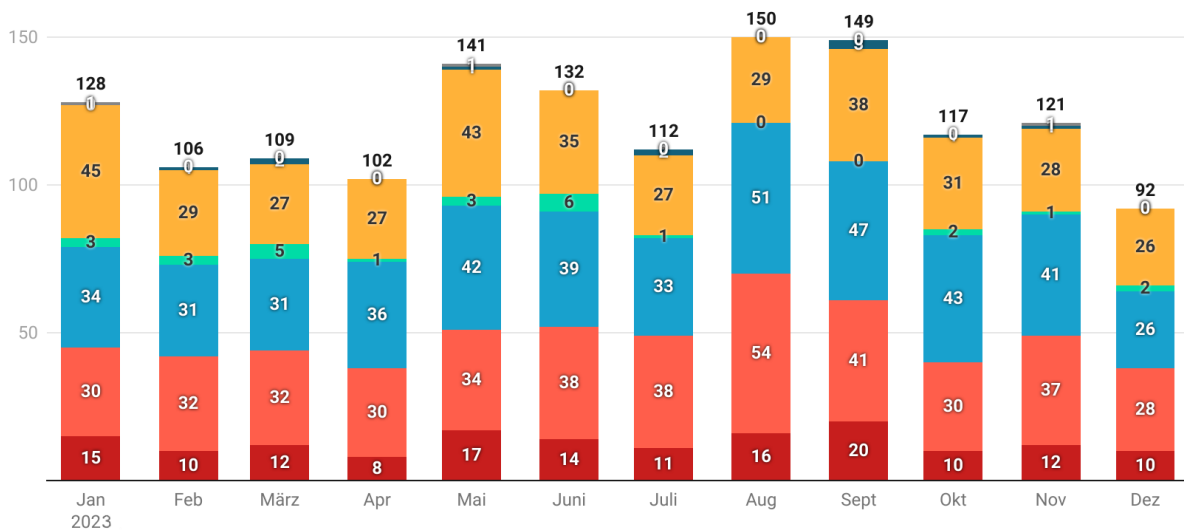
Erstellt mit Datawrapper

Nachdem es an Silvester 22/23 in der Neuköllner High-Deck-Siedlung zu Angriffen von Jugendlichen auf Polizei und Feuerwehr gekommen war, entbrannte eine Diskussion, in der Menschen mit Migrationsgeschichte pauschal ein mangelnder Integrationswille unterstellt wurde. Friedrich Merz nannte die Jugendlichen „kleine Pashas“. Die NPD und die AfD nutzten diese als Aufhänger für rassistische Forderungen nach mehr Abschiebungen. Aber auch die Berliner CDU stellte in einem Katalog im Abgeordnetenhaus (der später zurückgezogen wurde) Fragen nach den Vornamen und nach der Staatsangehörigkeit der Täter*innen der Silvesternacht, und beteiligte sich in der BVV Neukölln zusammen mit der AfD an einer Debatte über das „Migrationsproblem“.

Das rassistische Aufladen von sozialen Problemen, die auch in anderen Bevölkerungsgruppen mit gleichem Altersdurchschnitt und ähnlicher sozialer Lage existieren, trägt zur weiteren Stigmatisierung von ohnehin rassistisch adressierten Menschen bei. Rassistische Gewalttäter*innen werden in ihrer Perspektive dadurch bestätigt und haben den Eindruck den Willen einer vermeintlichen Mehrheit in der Bevölkerung zu vollstrecken.

Rassistische Vorfälle im Jahresverlauf 2023

■ Angriff ■ Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien ■ Propaganda ■ Sachbeschädigung ■ Strukturelle Benachteiligung ■ Veranstaltung
■ Sonstiges



Erstellt mit Datawrapper

Im Sommer, nachdem es in einigen Berliner Freibädern zu gewalttätigen Auseinandersetzungen von jungen Männern gekommen war, wurde auf rassistische Weise über die Sicherheit von Freibädern diskutiert. Infolge der Diskussion wurden an Berliner Freibädern Passkontrollen eingeführt, zum Teil berichteten Jugendliche mit Migrationsgeschichte, dass sie keinen Zugang mehr in Badeanstalten hatten.

Bundesweit geführte Debatten, in denen Menschen mit Migrationsgeschichte pauschal negative Eigenschaften zugeschrieben werden, haben auch in Berlin Auswirkungen. Besonders in Wahlkämpfen werden globale und komplexe gesellschaftliche Probleme auf Migrant*innen projiziert.

Die medial präsente Verknüpfung von asylsuchenden Menschen und Kriminalität wirkte sich auch in den Bezirken aus: Mehr als in den Vorjahren reagierten Anwohner*innen feindselig auf geplante Eröffnung von Geflüchtetenunterkünften. In Reinickendorf sowie Friedrichshain wurde bei Informationsveranstaltungen gegen die Unterbringung der Geflüchteten im Bezirk protestiert, mit der Begründung, dies stelle eine Gefahr für die Anwohner*innen dar. Den zukünftigen, zum Teil minderjährigen Bewohner*innen, wurde pauschal Kriminalität, sowie Querfeindlichkeit unterstellt. Auch die neonazistische Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) in Reinickendorf verbreitete zu diesem Thema rassistische Propaganda und hielt kleine Kundgebungen ab.

So wurden im Jahr 2023 etwa 60 rassistische Vorfälle mehr dokumentiert, die sich direkt gegen Geflüchtete richteten (2023: 202; 2022: 139). Sie geschahen im Umfeld von Geflüchtetenunterkünften oder wurden in Form von geflüchtetenfeindlicher Propaganda oder

Veranstaltungen verbreitet. Angriffe oder Bedrohungen gegen Geflüchtete aus der Ukraine waren im Jahr 2023 in den Registervorfällen weniger präsent als 2022. Das Thema Flucht und Migration hat aktuell eine geringe Mobilisierungskraft in Berlin im Vergleich zu anderen Themen oder zu Vorjahren.

Im Bereich antimuslimischer Rassismus hat sich die Zahl der erfassten Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien verdoppelt (2023: 86; 2022: 41). Die Vorfälle stiegen vor allem in Mitte an, sowie in den westlichen Randbezirken Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg. Im zeitlichen Verlauf ließ sich ein Anstieg der antimuslimischen Vorfälle nur im November feststellen (auf 26). In diesem Monat waren in mindestens 13 Fällen muslimische Institutionen und Moscheen in mehreren Bezirken von Hakenkreuz-Schmierereien und Drohbriefen betroffen. Einige nahmen dabei Bezug auf den Nahost-Konflikt. Mehrere Hassbriefe enthielten verbrannte Koranseiten, Schweinefleisch und Fäkalien.

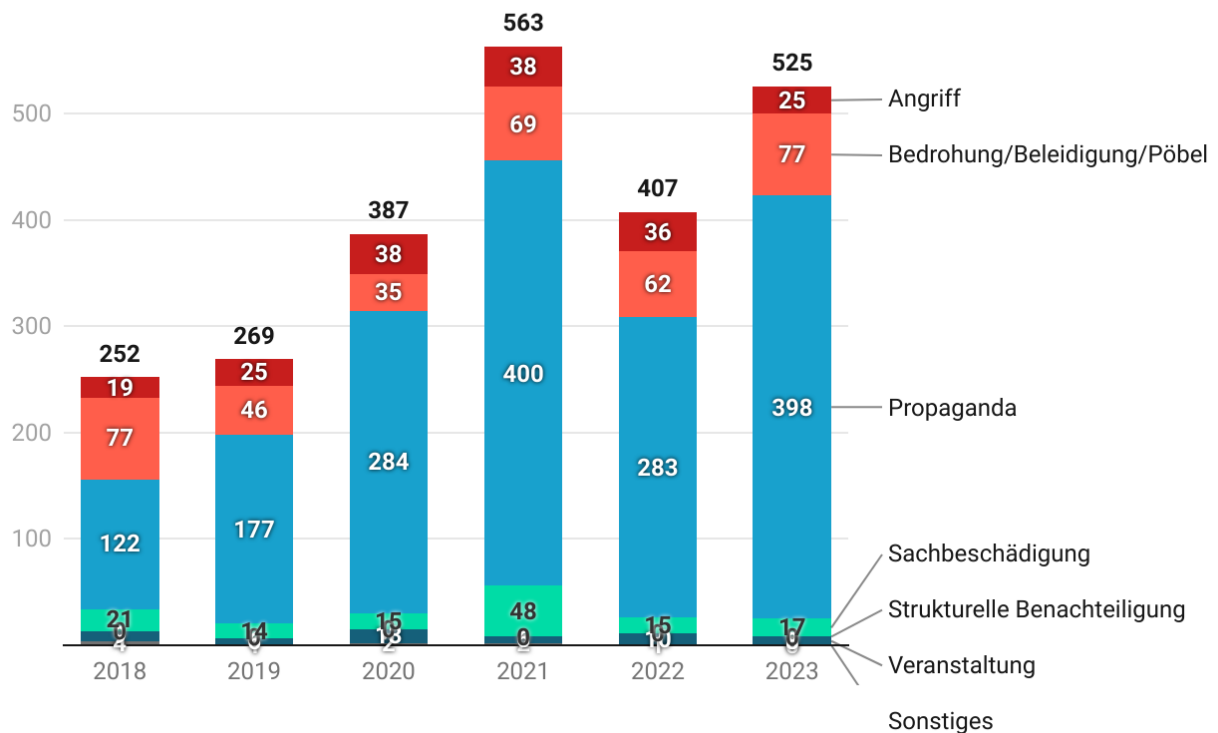
Die Verknüpfung von sozialen Problemlagen mit Migration und der scheinbare öffentliche Konsens durch die politische Landschaft hinweg für eine restriktivere Migrationspolitik und mehr Abschiebungen schürt und bestätigt Emotionen wie Angst und Hass gegenüber geflüchteten Menschen und dient primär dem Wahlkampf. Die Leidtragenden sind all jene, die als Projektionsfläche herhalten müssen.

Politische Gegner*innen der extremen Rechten

In der Kategorie „politischer Gegner“ werden Vorfälle erfasst, die die extreme Rechte verursacht, um ihre politischen Gegner*innen anzugreifen: verbal, körperlich, existenziell. Diese Vorfälle werden gesondert erfasst, weil sie ein relevantes Aktionsfeld der extremen Rechten sind: Feindeslisten, eingeworfene Fensterscheiben, brennende Autos, Bedrohungen per E-Mail, am Telefon, in sozialen Netzwerken gehören dazu. In dieser Kategorie werden keine Vorfälle erfasst, bei denen politische Positionen im Rahmen von Diskussionen ausgetauscht werden. Es werden auch keine Vorfälle erfasst, die berechtigte Kritik an politischen Entscheidungen vorbringt, sondern nur solche, die darauf abzielen Gegner*innen der extremen Rechten mundtot zu machen. Die Brandanschläge des Neukölln-Komplexes auf engagierte Menschen zählen beispielsweise dazu oder Parolen, die dazu aufrufen antifaschistisch engagierte Menschen auszuspähen, zu bedrohen oder zu töten. Auch Journalist*innen, die bei Demonstrationen angegriffen werden, weil sie als politische Feinde angesehen werden oder Mitglieder demokratischer Parteien, die während der Durchführung eines Infostandes beschimpft werden, fallen in diese Kategorie. Die Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten, stiegen im Vergleich zum Vorjahr an und näherten sich dem hohen Niveau des Jahres 2021, als

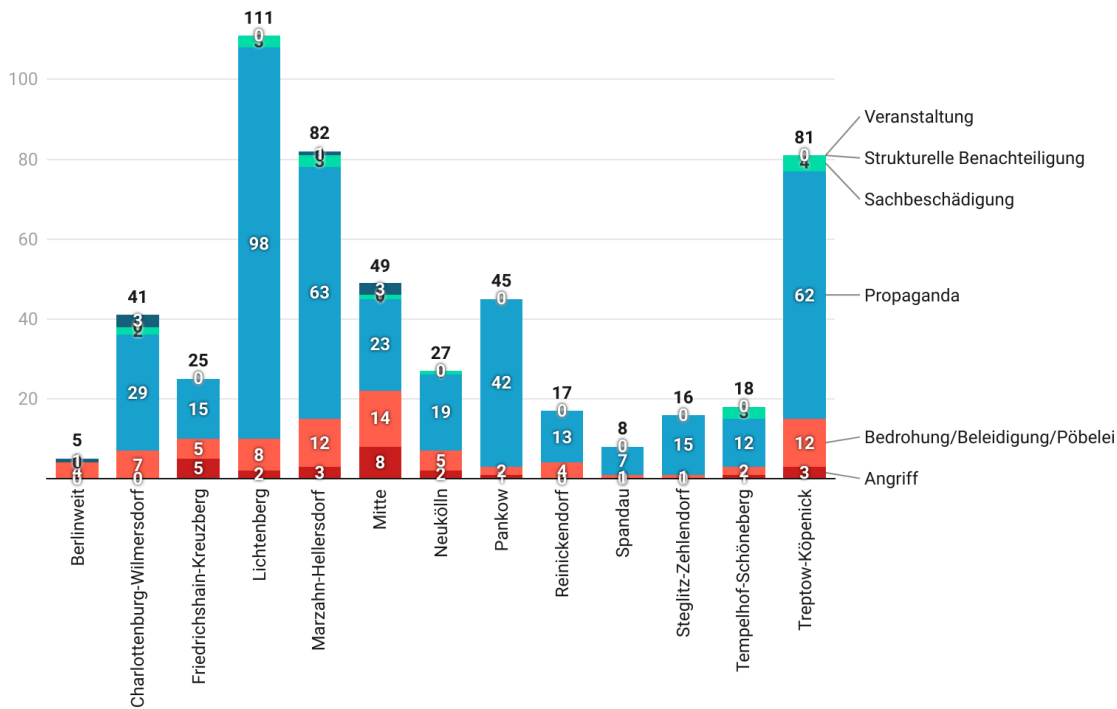
sogenannte Querdenker*innen die demokratischen Parteien, Presse und Wissenschaft als Feinde ins Visier genommen hatten (2021: 563; 2022: 407; 2023: 526). Einen besonders starken Anstieg verzeichneten die Propagandafälle (2022: 238; 2023: 398), während die Angriffe sanken (2022: 36; 2023: 26).

Vorfälle gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten 2018 - 2023



Die hohen Vorfalldaten in den östlichen Randbezirken Lichtenberg (101), Marzahn-Hellersdorf (82) und Treptow-Köpenick (81) kommen zu einem Großteil durch Propagandavorfälle zustande. Besonders in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick sind die Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen. Die im Berliner Vergleich hohe Präsenz extrem rechter Akteure wie dem „III. Weg“ zeigte sich in der Dichte an Aufklebern und Schmierereien, die sich gegen Antifaschist*innen richteten und zur Gewalt bis hin zu Mord gegen sie aufrufen. So wurden Aufkleber mit der Aufschrift „Kill your local Antifa“ oder „Antifa Banden zerschlagen“ geklebt. Aber auch in den westlichen Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf, Spandau und Tempelhof-Schöneberg wurde mehr Propaganda gegen politische Gegner*innen erfasst.

Vorfälle gegen politische Gegner*innen 2023



Erstellt mit Datawrapper

Die Innenstadtbezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg haben bei einer vergleichsweise niedrigen Gesamtzahl einen weitaus höheren Anteil an körperlichen und verbalen Anfeindungen gegen politische Gegner*innen: Hierbei handelte es sich Großteils um Konfrontationen im Umfeld von Demonstrationen, die sich gegen Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen richteten. Im Vergleich zu vorletztem Jahr haben diese jedoch abgenommen.

Diese Gewichtung bedeutet aber nicht, dass in den Ostbezirken die Bedrohungslage nicht akut ist: Nach Mitte wurden die meisten Fälle von Bedrohungen politischer Gegner*innen in Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf registriert (jeweils 12). Außerdem kam es dort zu mehreren Angriffen und Sachbeschädigungen. Die ortsansässigen Personen aus dem extrem rechten Spektrum verbreiten ihre Ideologie nicht nur durch Propaganda, sondern zeigen ihre Ablehnung gegenüber Personen, die sie als antifaschistisch engagiert wahrnehmen, auch offen und teilweise gewaltvoll, wenn sie diesen im ÖPNV, in Geschäften oder auf der Straße begegnen. So wurde in Köpenick ein Jugendlicher, der im Kiez als Antifaschist bekannt ist, auf offener Straße mit einem Luftdruckgewehr beschossen. Auch Teilnehmende von Veranstaltungen gegen Rechts oder einer Pride-Parade wurden zum Ziel von Einschüchterungen und Angriffsversuchen. Bei vielen dieser Vorfälle ist die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ als Verursacher nachweisbar, dessen Präsenz ein zunehmendes Problem in den Ostbezirken darstellt. Im Juli griffen Personen aus diesem Spektrum ein linkes Wohnprojekt in Hellersdorf mit einem Feuerwerkskörper an. Junge

Männer bedrohten und pöbelten an den Bahnhöfen Treptower Park und Ostkreuz Passant*innen, die ihrer Verteilaktion von Flyern des „III. Weg“ widersprachen.

Die Vorfälle von „Der III. Weg“ steigen kontinuierlich an: Waren es im Jahr 2020 noch 15 Vorfälle, ist die Zahl inzwischen auf 562 im Jahr 2023 angestiegen. Vermehrt trat die neonazistische Kleinstpartei bereits 2021 (391 Vorfälle) und 2022 (535 Vorfälle) auf. Angestiegen ist im Jahr 2023 die ohnehin schon hohe Zahl an Propagandavorfällen (2023: 531; 2022: 484). Inhaltlich fokussierten sich die Neonazis mehr auf die Verbreitung von LGTBIQ*-Feindlichkeit und Verherrlichung des Nationalsozialismus. Die direkten Bedrohungen und Angriffe, die sich gesichert Akteur*innen der Organisation zuordnen lassen, sind dennoch weiter auf einem niedrigen Niveau. Es ist aber davon auszugehen, dass bei extrem rechten Anfeindungen in Gebieten mit einer sehr hohen Präsenz an Aufklebern, Flyern und Graffiti von „Der III. Weg“ ein Zusammenhang besteht. Auch im laufenden Jahr 2024 scheint es, als würde sich dieses Problem eher verstärken. Besonders an Schulen in den Ostbezirken werben die aktionsorientierten Neonazis für ihre Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ), auch Jugendclubs stehen in ihrem Fokus. Besonders bedroht sind derzeit das Unabhängige Jugendzentrum Pankow (JUP) und das La Casa in Hellersdorf.

Als zentrales Feindbild der extremen Rechten verfestigte sich weiter die Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Davon abgesehen, dass die Partei online stark angegriffen wurde, zeigte sich dies auch in konkreten Vorfällen: Es wurden viele Aufkleber, die aus extrem rechten Versänden stammen mit der Aufschrift „FUCK GRÜNE“ gemeldet. Die bereits seit Ende 2022 laufende extrem rechte Graffiti-Kampagne mit Sprüchen wie „Aus Grün wird Braun“ bzw. „Grün ist das neue Braun“ setzte sich Anfang des Jahres 2023 fort. Die Schriftzüge wurden vor allem aus Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Treptow-Köpenick gemeldet. Auch über Propaganda hinaus wurde die Partei zur direkten Zielscheibe. So wurde die Parole „green nazis scum“ an Parteibüros in Treptow und Kreuzberg angebracht und BVV-Verordnete aus den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg wurden körperlich angegriffen. Die Hetze betraf auch andere demokratische Parteien. So wurden Abgeordnetenbüros der SPD in Mitte und Tempelhof-Schöneberg beschädigt, letzteres durch Schüsse. Abgeordnete der SPD aus Tempelhof-Schöneberg und von Die Linke aus Lichtenberg erhielten Drohbriefe.

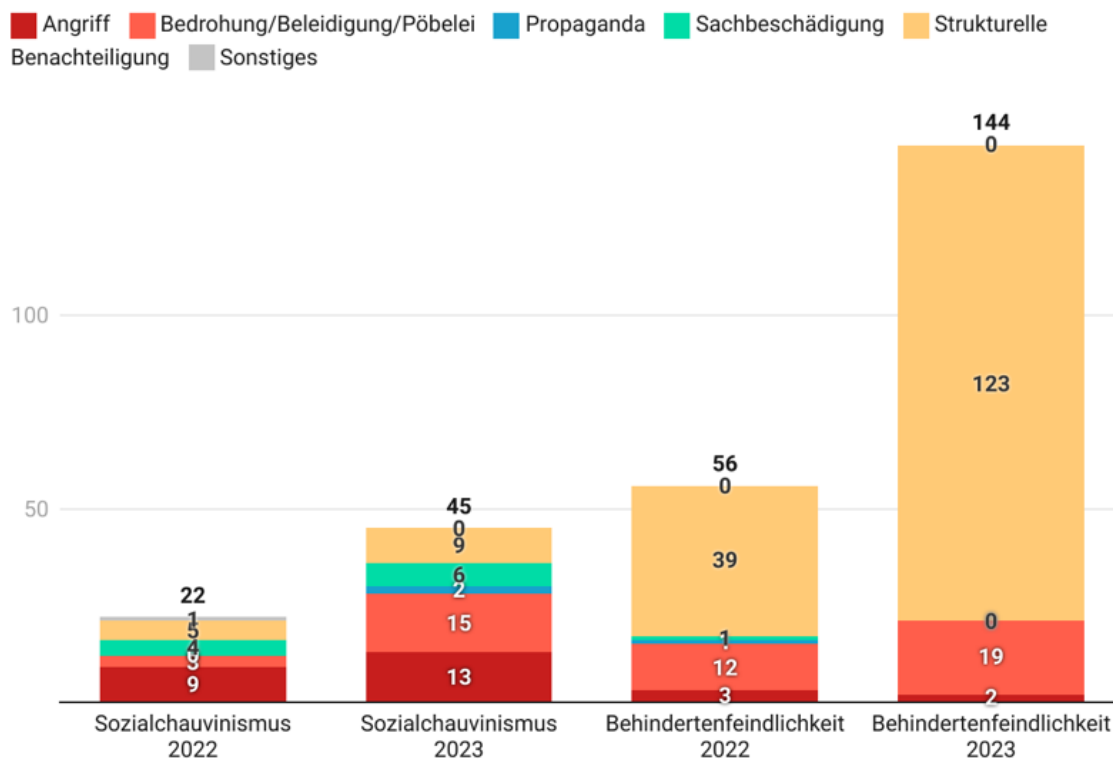
Darüber hinaus häuften sich die Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche Projekte, Organisationen und Vereine. Diese reichten bis zu Beschädigungen und Brandanschlägen aus rassistischer oder LGTBIQ*-feindlicher Motivation, darunter auf das Büro der Initiative Togo Action Plus in Friedrichshain, das schwule anti-Gewalt Projekt Maneo in Schöneberg und die lesbische Initiative Rad und Tat in Neukölln. Projekte wie die Beratungsstelle für den

Umgang mit Verschwörungsmithen „entschwört“ gerieten ins Visier andauernder Drohanrufe. Engagierte Menschen sollen so weit eingeschüchtert und eingeschränkt werden, dass ihre normale Arbeit nicht mehr möglich ist. Langfristig sollen ihnen die gesellschaftliche Unterstützung, auch in Form von staatlicher Finanzierung, entzogen werden. Nicht zuletzt haben wir diese Dynamik selbst erleben müssen, als es zuerst im Frühjahr und später im Herbst zu einem „Shitstorm“ gegen die Registerstellen kam, der zwar abebbte, aber bis heute immer wieder aufgegriffen wird.

Nur die Spitze des Eisbergs: Feindschaft gegen obdachlose und behinderte Menschen

Die Themenfelder Sozialchauvinismus und Feindschaft gegen Menschen mit Behinderungen werden erfasst, weil beiden Phänomenen ein sozialdarwinistischer Gedanke zu Grunde liegt. Beide Gruppen sind stark von Abwertung betroffen und machen im Alltag respektlose und demütigende Erfahrungen.

Sozialchauvinistische und behindertenfeindliche Vorfälle 2022 und 2023



Erstellt mit Datawrapper

Die Zahlen in diesen Bereichen sind niedrig, weil beide Gruppen es schwer haben, gehört zu werden. Sie sind mit existenziellen Problemen beschäftigt und haben, wenn überhaupt nur eine kleine Lobby. Die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen werden häufig vergessen oder absichtlich aus Kostengründen vernachlässigt. Wenn beispielsweise Fahrstühle nicht repariert werden, zu wenige Taxis in Berlin existieren, die Fahrgäste mit Rollstuhl transportieren können oder behördliche Internetseiten nicht barrierefrei gestaltet werden. In einigen Fällen ist der ungeübte Umgang mit unterschiedlichen Behinderungen durch Arbeitgeber*innen oder Lehrende der Grund, weshalb Menschen vom Bildungs- und Arbeitsleben ausgeschlossen werden. In der folgenden Grafik sieht man deutlich den hohen Anteil an strukturellen Benachteiligungen im Themenfeld Behindertenfeindlichkeit.

Im Phänomenbereich Sozialchauvinismus spiegelt die Zahl der Vorfälle nicht ansatzweise das reale Geschehen wider. Der Anteil der schweren Gewalttaten unter den Vorfällen ist hier besonders hoch. Ende März sprühte beispielsweise ein Passant einem obdachlosen Mann am Mierendorffplatz im Vorbeigehen Pfefferspray ins Gesicht und lachte dazu laut, während der Betroffene vor Schmerzen schrie und um Hilfe bat. Im März wurde ein obdachloser Mann gegen 14 Uhr in der Nähe des S-Bahnhofs Messe Nord von drei jungen Männern angegriffen, die ihn beschimpften, mit einem Teleskopschlagstock auf ihn einschlugen und ihm gegen den Kopf traten. Ende Oktober wurde ein Punk, der am U-Bahnhof Samariterstraße gegen Mittag um Geld bettelte, von einem 42-jährigen Mann sozialchauvinistisch beleidigt und unvermittelt mit einem Cuttermesser angegriffen. Eine Passantin und die Mitarbeiterin eines Imbisses eilten dem Betroffenen zur Hilfe. Die stark blutende Schnittwunde an der Hand musste im Krankenhaus genäht werden.

Die Registerstellen versuchen seit zwei Jahren verstärkt Beratungsstellen, Sozialarbeitende und Selbstvertretungen in beiden Themenfelder zu erreichen. Es fehlt die Erfahrung und die Zuversicht, dass das Sichtbarmachen der Abwertung und Ausgrenzung als Meldungen in der Registerdokumentation positive Effekte haben kann. Der Anstieg in beiden Themenfeldern, d.h. bei Sozialchauvinismus von 22 (2022) auf 45 (2023) und in der Behindertenfeindlichkeit von 56 (2022) auf 144 (2023) ist auf eine veränderte Quellenlage zurückzuführen. Der Bekanntheitsgrad der Registerstellen hat sich in beiden Gruppen leicht verändert. Hinzu kommen engagierte Sozialarbeitende, z.B. der Berliner Stadtmission, der Berater*innen der Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, chronische Erkrankung, oder der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) deren Engagement für ihre Klient*innen sich im Anstieg der Zahlen widerspiegeln. Hier werden aus dem bestehenden Dunkelfeld mehr Vorfälle als bisher gemeldet. Beide Themen bilden aber weiter nur die Spitze des Eisbergs ab.

Krieg im Internet – Kampf um Deutungshoheit

Im Jahr 2023 und im ersten Quartal des Jahres 2024 wurde eine Entwicklung deutlicher, die man zuvor nur ansatzweise wahrnehmen konnte – die Auswirkungen von Dynamiken im Internet auf den Alltag auf der Straße. Dass es einen Zusammenhang gibt, bestreitet sicherlich niemand, aber wie viel Wirkung Online-Kampagnen, -Debatten oder Hashtags jenseits der Online-Welt haben, darüber lässt sich streiten. Auch die Registerstellen können nicht abbilden, was im Internet passiert. Ein Monitoring des Internets ist schlichtweg vom personellen Aufwand nicht möglich, zudem würde der Einsatz von Personal und Arbeitszeit in keinem Verhältnis zum erwartbaren Ergebnis stehen. Die Registerstellen beschränken sich daher auf Facebook-Gruppen, Social-Media-Accounts oder Telegramkanäle, die einen lokalen Bezug zu einem Bezirk oder Berlin haben. Hinzu kommen Kommentare in sozialen Netzwerken in denen Menschen oder Organisationen adressiert werden, die in Berlin ansässig sind. Die Zahl der Online-Vorfälle bleibt deshalb in den meisten Bezirken recht konstant. Lediglich in den berlinweiten Vorfällen, bei denen auch antisemitische Kommentare erfasst werden, die sich gegen in Berlin ansässige jüdische Einrichtungen richten, sind Unterschiede feststellbar.

Bisher haben die Berliner Register extrem rechte Kampagnen im Internet aufgrund des lokalen Fokus nur am Rande wahrgenommen, bis zum vergangenen Jahr, als wir selbst zum Ziel einer Diffamierungskampagne wurden.

Mit der Veröffentlichung der Auswertung für das Jahr 2022 im Frühjahr 2023 begannen kleinere Beleidigungen, die täglich auf „X“ (ehemals Twitter) unsere Arbeit falsch darstellten. Verursacher*innen waren keine Personen, die man der extremen Rechten zuordnen würde, sondern einige Frauen, die sich gegen juristische oder gesellschaftliche Gleichstellung von Transpersonen engagieren. Wir erhielten Briefe, E-Mails, Kommentare in den sozialen Netzwerken und vereinzelte Anrufe von Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet, die den Registern Frauenfeindlichkeit unterstellten. Ca. fünf Monate später wurde aus einer dieser E-Mails, die wir erhalten hatten, die Grundlage für einen Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung mit dem Titel „Meldestellen im ganzen Land erzeugen ein Klima der Verdächtigung. Zum Beispiel „Das Berliner Register““. Es folgte ein Shitstorm, der über mehrere Wochen anhielt. Spannend daran war, dass nur wenige Stunden nach der Veröffentlichung in der NZZ, Beatrix von Storch in ihrem Newsletter vor den Berliner Registern warnte. Einen Tag später veröffentlichte sie einen Artikel mit dem Titel „Rote und Grüne erschaffen eine Gesinnungsdiktatur“, einen Tag später folgte das Portal „Reitschuster“, danach weitere Kanäle, die entweder der extremen Rechten oder dem verschwörungsideologischen Spektrum zuzuordnen waren. Am 7.9.2023 veröffentlichten wir eine Klarstellung zur falschen Darstellung unserer Arbeit, was den Shitstorm nicht stoppte. Weder die Vorwürfe gegen die

Arbeit der Registerstellen waren neu noch unsere Klarstellung dazu. Anders als sonst war die Masse an Veröffentlichungen durch extreme Rechte und die Reaktionen darauf. So meldeten sich Menschen per E-Mail, die uns unterstellten, wie die Stasi oder die Nazis zu agieren und dass wir das Ziel verfolgen würden, politisch rechts denkende Menschen in Gefängnisse einzusperren oder töten zu wollen. Ein Vorwurf der jeglicher Grundlage entbehrt. Es werden weder personenbezogene Daten erfasst, noch besitzen die Registerstellen Einfluss auf die Gesetzgebung oder die Arbeit von Ermittlungsbehörden. Unabhängig davon, wie oft und an welchen Stellen dazu eine Klarstellung erfolgte, dieses Narrativ hält sich und wird auch 2024 weiterverbreitet.

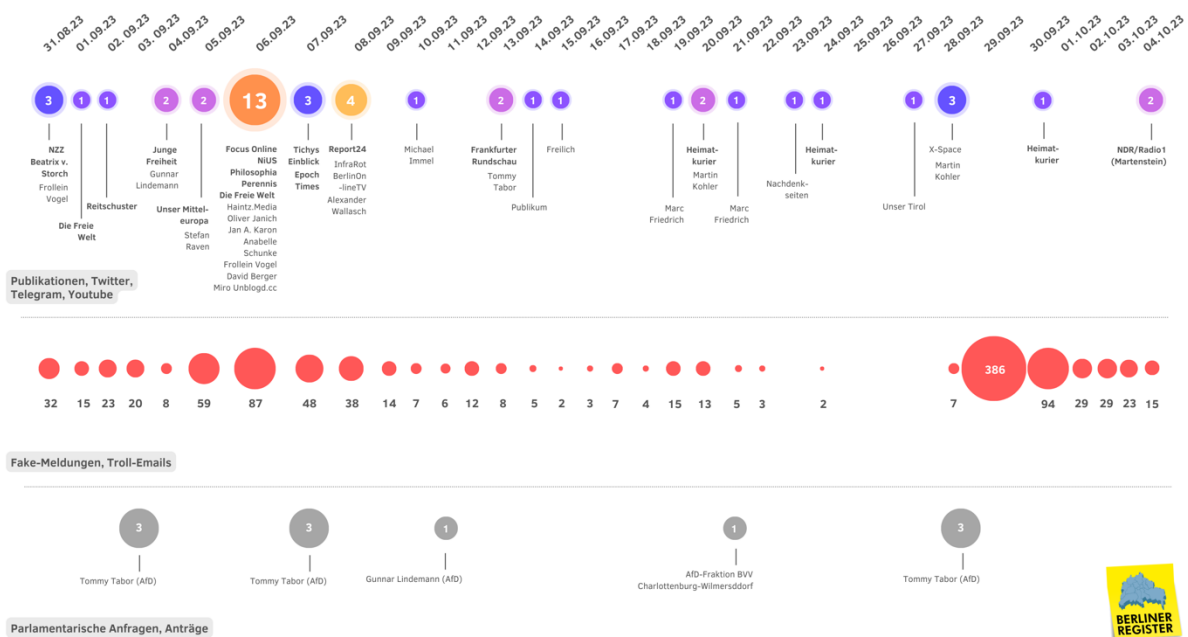


Abbildung 2: Von Ende August bis Anfang Oktober mindestens 47 diffamierende Veröffentlichungen, hunderte Falschmeldungen und E-Mails, elf parlamentarische Anfragen und Anträge der AfD zu den Registern.

Da dieser Shitstorm weder von den Registern ausgelöst wurde noch durch sie zu stoppen war, begannen wir damit die Situation zu analysieren. Wer teilt wann welche Inhalte? Was ist die Kritik an unserer Arbeit? Zu welchen Reaktionen führen die Veröffentlichungen? Wer ist außer den Registerstellen von solchen Kampagnen betroffen? Und warum dieser Zeitpunkt und nicht fünf Monate vorher, als der Aufhänger des Artikels in der NZZ aktuell war?

Teile der AfD flankierten den Shitstorm durch parlamentarische Anfragen und Anträge, die die inhaltliche Arbeit, die finanzielle Ausstattung und die Glaubwürdigkeit der dokumentierten Vorfälle in Frage stellten. Anhand der erschienenen Artikel und der Reaktionen, die die Veröffentlichungen bei Sympathisant*innen der AfD erzeugten, wurde deutlich, dass es um mehr geht als die Einschüchterung der Berliner Register, nämlich die Destabilisierung der

Demokratie und ihrer Institutionen. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Bayern und Hessen, die im Oktober 2023 stattfanden, sowie den Wahlen, die in Sachsen, Thüringen und Brandenburg in diesem Jahr 2024 anstehen, versucht die AfD, das größtmögliche Wählerpotenzial hinter sich zu bringen. Dafür wurde auf starke Emotionen wie Angst, Empörung und Hass gesetzt, die über Falschdarstellungen und bestimmte Schlagworte wie „Gesinnungsdiktatur“, „Petzportal“, „Denunziation“ hervorgerufen werden. Vorwürfe, zivilgesellschaftliche Meldestellen wie die Berliner Register seien mit der Gestapo oder der Stasi vergleichbar, begleiten die Dokumentationsarbeit seit ihrer Gründung. Dabei stand bei der Registerarbeit von Anfang an die Perspektive von Betroffenen und die Beschreibung der Funktionsweisen von Ausgrenzung und Diskriminierung im Vordergrund. Die Skandalisierung der zivilgesellschaftlichen Dokumentationsarbeit in einem konzertierten Shitstorm gegen die Berliner Register zu diesem Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt. Die Ziele waren die Einschüchterung derer, die sich für Menschenrechte sowie Demokratie stark machen und die Mobilisierung von Wählerstimmen für die AfD. Das Bild, das mit den gezielten Angriffen in der Öffentlichkeit der (extrem) rechten Medien erzeugt wurde war: Ein elitärer Zirkel aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung stecke unter einer Decke, um den „großen Austausch“, die „Gesinnungsdiktatur“ umzusetzen oder die Meinungsfreiheit abzuschaffen. Einzig wählbar sei die AfD. Solche Botschaften kamen täglich und zu Dutzenden und sind im März und April 2024 Teil des Tagesgeschäfts und die dahinterstehenden Strategien begegnen uns weiterhin. Wenn man sich die Kommentare unter den Accounts von Politiker*innen, Journalist*innen, Autor*innen oder anderen demokratiefördernden Projekten durchliest, wird klar, dass man nicht mehr von demokratischem Diskurs oder Austausch unterschiedlicher politischer Meinungen sprechen kann. Es geht darum negative Emotionen wie Angst, Wut, Hass oder Ekel zu generieren, unproduktiven Streit zu befördern und Menschen so stark zu beleidigen, dass sie eingeschüchtert oder verängstigt sind. Der Preis, sich in sozialen Netzwerken im Sinne einer demokratischen und menschenrechtsorientierten Kultur zu äußern, wird in die Höhe getrieben.

Fazit: Es braucht Strategien im Umgang mit Online-Dynamiken

Online-Dynamiken befördern ausgrenzende und abwertende Phänomene. Dieser Zusammenhang wurde im Jahr 2023 in den Kategorien LGBTIQ*-Feindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus beobachtet. Mechanismen in sozialen Netzwerken wie die Entstehung von Filterblasen oder Algorithmen, die besonders emotional aufregende Beiträge priorisieren, werden durch die extreme Rechte strategisch genutzt. Eine konzertierte Kampagne gegen die Berliner Register machte beispielhaft deutlich, worauf die Angriffe im

Netz abzielen. Es soll bei so vielen Menschen wie möglich Misstrauen gegenüber Politiker*innen, Wahlen, Presse, Justiz, Verwaltung und Wissenschaft geschürt werden. Demokratisch legitimierte Institutionen sollen als illegitim und dysfunktional, gar gefährlich gelten. Seit Herbst 2023 sind verschiedene Recherchen und Studien erschienen, die auf den Einfluss von Propaganda im Internet verweisen und deutlich machen wie stark umkämpft diese Öffentlichkeit ist.⁴ Das Jahr 2023 zeigt, dass sich die Funktionsweise von politischer Kultur grundlegend verändert hat. Heutzutage wird eine öffentliche Meinung innerhalb von Stunden oder wenigen Tagen beeinflusst. Im Gegensatz dazu sind politische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse in Demokratien langsam und noch bevor sie beschlossen sind, stoßen sie auf heftige Kritik. Was kann man dagegen tun?

Die Gesellschaft muss sich in ihrer Breite mit Manipulation, Desinformation und der Funktionsweise sozialer Netzwerke auseinandersetzen, in Zukunft auch mit künstlicher Intelligenz. Das Wissen aus Faktenchecks und Studien muss für die breite Bevölkerung aufbereitet werden und im Alltag anwendbar sein.

Die Kommentarspalten auf „X“ werden nicht mehr der Ort werden, an dem der demokratische Dialog aufblüht. Es braucht hierfür neue Formate, in denen eine Akzeptanz für andere politische Meinungen vorherrscht, sofern sie innerhalb des demokratischen Spektrums liegen.

Der gesellschaftlichen Spaltung kann jede*r Einzelne entgegenwirken, denn Solidarität und Zusammenhalt kann man im Kleinen am besten stärken, ob in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in der Familie. Man kann zuhören, empathisch sein, bei Problemlösungen unterstützen. Es gibt viele Möglichkeiten ein Leben zu führen, dass sich nicht von Hass vereinnahmen lässt.

Auch wenn diese Entwicklungen ohne das Internet nicht stattfinden würden, so ist das Internet nicht das Problem. Es ermöglicht Teilhabe, Kommunikation über Kontinente hinweg, stillt den Durst nach Wissen 24/7 und es erleichtert vielen Menschen das Leben. Was es jetzt braucht, sind gute umsetzbare Strategien für den Alltag, um die negativen Auswirkungen zurückzudrängen.

⁴ <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2023/02/24/ein-jahr-krieg-in-der-ukraine-wie-desinformation-zu-einer-maechtigen-waffe-wurde/>
<https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/lauter-hass-leiser-rueckzug/>
<https://cemas.io/publikationen/integratives-modell-desinformation/>
<https://cemas.io/publikationen/militanter-akzelerationismus/>
<https://www.br.de/nachrichten/netzwelt/desinformation-im-netz-menschen-in-deutschland-beunruhigt,U5XIJUx>
<https://www.fr.de/politik/russland-soll-einfluss-auf-europawahl-nehmen-mithilfe-der-afd-zr-92985726.html>